

Bericht der AG Rechtsradikalismus des Landkreises Darmstadt-Dieburg

06.06.2012

Inhalt

1. *Vorgaben, Hintergründe*
2. *Bestandsaufnahme zu den kreisangehörigen Gemeinden*
3. *Aktivitäten von Gruppen innerhalb des Landkreises*
4. *Konsequenzen und Empfehlungen*

1. *Vorgaben, Hintergründe*

„Wie kaum eine andere liberale Demokratie definiert sich die Bundesrepublik aus der Abgrenzung gegen eine totalitäre Vergangenheit und der entschiedenen Absage an jeden Rechtsextremismus. [...]. Die dazu gehörigen Einstellungen – von Sympathien für autoritäre Strukturen bis hin zu antisemitischen und fremdenfeindlichen Tendenzen – reichen sogar bis in die Mitte der Gesellschaft hinein [...]. Mit den Mordanschlägen der ‚Zwickauer Terrorzelle‘ ist ihre öffentliche Wahrnehmung in eine neue Phase getreten: Seitdem wird die Frage, ob der Staat gegen den Rechtsextremismus alles getan hat, was er tun konnte, anders beantwortet, als sie vorher beantwortet wurde.“¹

Auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg muss vor diesem Hintergrund die Frage nach rechtsextremen Aktivitäten im Kreisgebiet neu gestellt werden. Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Kreistags-Fraktion Die Linke mit einem Antrag vom 12. Januar 2012 (Vorlage Nr. 592/12) zum Thema „Mord und Verbrechen durch rechte Terroristen in Deutschland und Hessen“ den Anstoß dazu gegeben, im Landkreis aktiv zu werden. In diesem Antrag, der „mit tiefster Empörung die menschenverachtenden Verbrechen der Gruppe ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ verurteilt, wurde u.a. die Hessische Landesregierung aufgefordert, alles dazu beizutragen, „um öffentlich Klarheit herzustellen über die Gründe der Fehleinschätzungen sowie [über] mögliches Fehlverhalten und Unterstützung rechter Strukturen durch die Sicherheitsbehörden.“

Neben konkreten Forderungen an die hessische Landesregierung wurde danach der Kreisausschuss beauftragt, „verstärkt antifaschistische Aufklärung zu betreiben“, etwa durch Organisierung des Besuchs von Gedenkstätten und die Ausschreibung eines thematisch auf „Verfolgung und Widerstand im Gebiet Darmstadt und Dieburg“ konzentrierten Jugendwettbewerbs.

Da darüber noch Klärungsbedarf bestand, wurde dieser Antrag in der Kreistagssitzung vom 13. Februar 2012 einvernehmlich zurückgestellt, mit der Maßgabe, dass das Präsidium des Kreistages eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe einsetzt, die bis zum Juni 2012 einen Bericht über rechtsextreme Aktivitäten und die Reaktionen darauf erarbeitet. Es wurde offen gelassen, welche Folgerungen daraus gezogen werden.

¹ Uwe Volkmann, Kampf gegen die Hydra? Der Staat und der Rechtsextremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18-19, 2012, S. 15

Dieser Beschluss wurde in einem Schreiben des Präsidiums vom 23. Februar 2012 an alle Fraktionen mitgeteilt, mit der Bitte, aus den Fraktionen heraus je eine/n Vertreter/in für die AG zu benennen. Zugleich wurde vorgeschlagen, den stv. Vorsitzenden des Schul-, Kultur- und Sportausschusses, Herrn Prof. Dr. Friedrich Battenberg, mit dem Vorsitz dieser AG zu betrauen. Auch ein/e Vertreter/in des Kreisausländerbeirats sollte hinzu gezogen werden. Zu der mit diesen Vorgaben gebildeten Arbeitsgruppe wurden folgende Personen benannt:

Herr Dietmar Schöbel (Fraktion der SPD)

Herr Frank Klock (Fraktion der CDU)

Herr Prof. Dr. Friedrich Battenberg (Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Dr. Albrecht Achilles (Fraktion der FDP)

Herr Norbert Rücker (Fraktion Freie Wähler/Piraten)

Herr Walter Busch-Hübenbecker (Fraktion Die Linke)

Frau Hülya Lehr (Kreisausländerbeirat)

Als Gast sollte darüber hinaus die Vorsitzende des Kreistages, Frau Dagmar Wucherpfeinig, teilnehmen.

Die Organisation und Protokollführung übernahm Frau Nicole Mally von der Kreistagsverwaltung.

Die Arbeitsgruppe traf sich zu insgesamt vier Sitzungen im Kreishaus, nämlich am 15. 03., 19. 04., 24. 05. und 05. 06. 2012. Es wurde vereinbart, dass eventuelle Rechercheergebnisse auch zwischen den Sitzungsterminen per E-Mail untereinander kommuniziert werden sollten.

2. Bestandsaufnahme zu den kreisangehörigen Gemeinden

Mit Schreiben der Kreistagsvorsitzenden vom 21. März wurde eine Umfrage unter den 23 Gemeinden des Landkreises mit dem Ziel gestartet, zu ermitteln, welche rechtsextremistischen Aktivitäten in der letzten Zeit registriert wurden, wie die Gemeinden darauf reagierten und welche Angebote und Maßnahmen in den Gemeinden durchgeführt wurden, um präventiv gegen den Rechtsextremismus und zur Stärkung der Demokratie tätig zu werden, auch inwieweit Zuständigkeiten für die Reaktion auf rechtsextreme Aktivitäten gebildet wurden.

Auf diese Umfrage, deren Ergebnisse in der Anlage tabellarisch zusammengestellt sind, haben etwa 84 % der Gemeinden (19 von 23) reagiert (Trotz Mahnung wurden keine Antworten von den Städten bzw. Gemeinden Babenhausen, Bickenbach, Groß-Bieberau und Ober-Ramstadt übermittelt). Ansonsten wurden z.T. sehr konkrete Angaben gemacht. Auffallend war, dass vielfach rechtsextreme Aktivitäten nicht bekannt waren. Soweit solche bekannt wurden, waren es überwiegend Hakenkreuz-Schmierereien und –Aufkleber, die rechtsextremistischen Hintergrund vermuten ließen, die Grenze der Strafbarkeit aber noch nicht erreicht hatten. Auch symbolische ausländerfeindliche Aktionen, rechtsextreme Musik-Events und das Auftreten von rechten Gruppen wie der ‚Harten Jungs Oden-

wald' wurden registriert, durchweg aber unverzüglich nach deren Bekanntwerden unterbunden bzw. zurückgedrängt.

Für die Bekämpfung des Rechtsextremismus waren bei den meisten Gemeinden die Ordnungsämter zuständig, manchmal auch die Bürgermeister selbst; aber auch bei den Sozial- und Jugendämtern wurden Zuständigkeiten verankert, teilweise parallel bei verschiedenen Ämtern. Nur selten waren die Kompetenzen so gebündelt, dass auf rechtsextremistische Vorkommnisse unmittelbar reagiert werden konnte. Kooperationen mit der Polizei bzw. dem Staatsschutz waren bisweilen vorgesehen. In einem Fall (Pfungstadt) wurden die Zuständigkeiten in einer eng mit der Stadtverwaltung zusammen arbeitenden ‚Bürgerstiftung Pfungstadt‘ gebündelt.

Die Gemeinden reagierten auf einschlägige Vorkommnisse durch präventive Maßnahmen, die zur Verhinderung weiterer Vorfälle durchgeführt wurden. Dabei kamen auch Kooperationen zwischen Gemeinden zustande. Zur Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen und mit einer Erklärung gegen Rechtsradikalismus schlossen sich die Gemeinden Seeheim-Jugenheim, Alsbach-Hähnlein und Bickenbach mit Zwingenberg (Landkreis Bergstraße) zusammen. Auch die Bewusstseinsbildung von Jugendlichen durch Sozialkompetenztraining, Zivilcourage- und Gewaltpräventionstraining, die Verstärkung der interkulturellen Kompetenz, die Inanspruchnahme von Aufklärungsarbeit durch Polizei und Staatsschutz, die Präsentation von Ausstellungen und verstärkte Kontrolle bei der Vergabe gemeindlicher Räume zur Verhinderung rechtsextremistischer Veranstaltungen wurden benannt. eingeschaltet wurden, soweit notwendig, Präventivräte; in einem Fall (Pfungstadt) wurde ein kommunaler Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus gebildet, der mit seiner Projektgruppe zur Fremdenfeindlichkeit ein Netzwerk mit anderen einschlägig arbeitenden Gruppen und Vereinigungen aufbaute. Hinzu kamen Veranstaltungen und Maßnahmen zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, wie die Verlegung von Stolpersteinen, die Gestaltung von Gedenkstätten und Fahrten zu Stätten der Erinnerung für die Opfer des Nationalsozialismus.

Darüber hinaus wurden über die Presse und sonstigen Informationsquellen rechtsextremistische Aktivitäten etwa in Babenhausen und Münster-Altheim bekannt. Die Pflege von Mahnmalen durch Gemeinden (z.B. in Otzberg, Mahnmal für die Opfer der Pogromnacht von 1938) und die Veranstaltung von kulturellen Wochen unter Beteiligung ausländischer Mitbürger auf die Initiative von Ausländerbeiräten sind ebenfalls zu nennen. Die kürzlich angebotene Veranstaltung ‚Fußball gegen Rassismus‘ im Rahmen der Interkulturellen Woche in Reinheim (DE, 08. 03. 12) ist ein Beispiel für ein Präventionsprogramm, das sich besonders auf einen sportlichen Schwerpunkt bezog.

3. Aktivitäten von Gruppen innerhalb des Landkreises

Um sich über weitere rechtsextremistische Aktivitäten und darauf erfolgte Reaktionen oder auch präventive Maßnahmen informiert zu werden, hat die AG sich mit weiteren Stellen in Verbindung gesetzt. Es wurden Gespräche mit Vertretern des Staatsschutzes beim Polizeipräsidium Südhessen, mit dem Jugendpfleger des Ev. Dekanats Darmstadt, mit Vertretern des Sportkreises 34 (Dieburg), mit Vertretern des DGB und anderen Gruppen geführt. Außerdem haben der kommissarische Leiter des Staatlichen Schulamts und die Leiterin des Interkulturellen Büros des Landkreises Darmstadt-Dieburg über ihre Erfahrungen Auskunft gegeben.

Aus allen dabei gesammelten Informationen ergab sich das Gesamtbild, dass zurzeit innerhalb des Landkreises nur vereinzelte rechtsextreme Aktivitäten bekannt wurden. Dennoch ist Wachsamkeit geboten ist. Verschiedentlich wurde darauf hingewiesen, dass eine unmittelbare Reaktion auf verdächtige Aktionen einzelner Jugendlichen nicht ausreicht, sondern dass Eltern und die ältere Generation einbezogen werden müsse. Es müsse generationenübergreifend eine Sensibilisierung für rechtsextreme Codes, die von Jugendlichen teilweise unwissend benutzt werden, geschaffen werden. Auch die Erinnerungsarbeit und die Vermittlung der Kenntnis der antisemitischen Vergangenheit müsse verstärkt betrieben werden, auch um das Bewusstsein für die demokratischen Werte unserer Gesellschaft zu stabilisieren. Als gefährlich für Jugendliche wurden Musik-CDs mit auf dem ersten Blick unverdächtigen und eingängigen Melodien eingestuft, die erst bei genauem Zuhören rechtsextremes bzw. nationalsozialistisches Gedankengut erkennen ließen. Das gleiche galt auch für elektronische Medien, da hier nur unzureichend Kontrollen durch Eltern oder Erzieher ausgeübt werden können.

Websites gegen Rechtsextremismus gibt es einige (z.B. das Portal der Friedrich-Ebert-Stiftung gegen Rechtsextremismus, die Newsletter der Amadeo Antonio-Stiftung), doch nicht speziell auf Südhessen oder den Landkreis Darmstadt-Dieburg bezogen. Regional aktiv ist das ‚beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus‘, das an der Universität Marburg angesiedelt ist. Weitere Netzwerke wurden von Polizeistellen angeboten, aber auch auf die Kompetenz von ‚Bündnissen gegen Rechts‘ wie im Odenwaldkreis und im Landkreis Bergstraße, wurde immer wieder hingewiesen.

4. Konsequenzen und Empfehlungen

Insgesamt ist es wichtig, dass der Landkreis Darmstadt-Dieburg in der Öffentlichkeit ein deutliches Zeichen dafür setzt, dass er entschlossen ist, der Gefahr von Rechts ernsthaft und mit wirksamen Maßnahmen zu begegnen und das Bewusstsein für den Wert der demokratischen Kultur zu stärken.

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg kann nicht ohne weiteres umfassend auf rechtsextremistische Aktivitäten in seinem Kreisgebiet reagieren, da seine Zuständigkeit begrenzt ist. Dennoch gibt es im Rahmen seiner Zuständigkeit einige Möglichkeiten, die in Betracht gezogen werden sollten. Deutlich gemacht werden sollte, dass der Landkreis sich nicht von den landesweiten Aktivitäten abkoppeln kann, sich vielmehr mit dafür verantwortlich fühlt, dass auch außerhalb der Landkreisgrenzen mit wirksamen Maßnahmen dem Rechtsextremismus begegnet wird. Auch wenn es innerhalb des Landkreises zur Zeit keine aktive rechtsextreme Gruppierung zu geben scheint, ist erkennbar, dass überregional tätige Neonazi-Gruppen in den Landkreis einzuwirken versuchen. Es muss verhindert werden, dass das in der rechtsextremen Jenaer Terrorzelle sichtbar gewordene Gewaltpotential in unserer Region Fuß fasst.

Aus all diesen Gründen empfiehlt die AG Rechtsextremismus dem Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg, einen **fraktionsübergreifenden Antrag** zu verabschieden, in dem die folgenden Punkte enthalten sein sollten:

1. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg verurteilt aus tiefster Empörung heraus die menschenverachtenden Verbrechen der Gruppe ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘, wie sie aus den Medien bekannt geworden sind. Er fordert, nicht zuletzt im Interesse der Opfer und ihrer Fami-

lien, eine vollständige politische und juristische Aufarbeitung der Geschehnisse sowie eine Verurteilung der Täter und Unterstützer der Terrorzelle durch die jeweils zuständigen staatlichen Organe.

2. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg fordert darüber hinaus die Hessische Landesregierung auf, soweit wie möglich dazu beizutragen, dass öffentlich Klarheit über die Hintergründe der rechtsextremistischen Aktivitäten entsteht, dass die Gründe für Fehlverhalten staatlicher Organe bei der Verfolgung aufgedeckt und auch die Verstrickungen von Sicherheitsbehörden in die rechtsextreme Szene aufgeklärt werden.
3. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg fordert den Kreisausschuss auf, für die Umsetzung der folgenden Vorschläge Sorge zu tragen:
 - Es sollte eine verwaltungsinterne Bündelung aller Zuständigkeiten (Jugend, Soziales, Kultur, Schule, Erwachsenenbildung etc.) erfolgen, soweit es um Reaktion auf rechtsextremistische Vorkommnisse und die Koordinierung von Maßnahmen der Prävention geht; wichtig dabei ist, dass eine einheitliche Ansprechperson für diese Fragen benannt wird.
 - Es sollte eine engere Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Ämtern der Gemeinden angestrebt werden, um eine kreisweite Reaktion auf lokale Vorkommnisse zu ermöglichen. Hilfreich wäre der Aufbau einer zentralen Datei und einer zentralen Koordinierung der Beratungsangebote
 - Es sollte ein darüber hinaus gehendes Netzwerk mit anderen Stellen (Polizei, Staatsschutz, Schulamt, Kirchen, Gewerkschaften, Sportvereinen etc.) aufgebaut werden, um schnelle Reaktionen auf etwaige rechtsextreme Aktivitäten zu ermöglichen
 - Die Bildungsangebote der Erwachsenenbildung (namentlich Volkshochschule) und der Jugendarbeit (namentlich Jugendbildungswerk) sollten im Hinblick auf eine Stärkung der demokratischen Kompetenz und des bürgerschaftlichen Engagements gegen Rechts erweitert werden.
 - Es sollten Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus und Ausstellungen (auch anderweit erarbeitete mobile ‚Fremdausstellungen‘; beispielhaft sei hingewiesen auf die Ausstellung ‚Versteckspiel: Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen‘, aufgebaut von der ‚Agentur für soziale Perspektiven e.V.‘, 2009) im Landkreis angeboten werden, auch als Wanderausstellungen zur Nutzung durch die Gemeinden. Dazu zählen auch Angebote zum Besuch von Gedenkstätten in erreichbarer Nähe und die Vermittlung von Vorträgen. Das geplante Kreisarchiv könnte hier eine koordinierende Rolle spielen.
 - Es sollte überlegt werden, ob Wettbewerbe zur Stärkung der demokratischen Kompetenz durch den Landkreis ausgeschrieben werden können
 - Es sollte der Anstoß für die Bildung eines ‚Bündnisses gegen Rechts‘ auf der Ebene des Landkreises gegeben werden, der aber letztlich von Bürger/innen, kreisangehörigen Gruppen und Organisationen getragen werden muss. Dieses ‚Bündnis gegen Rechts‘ sollte als regionales Netzwerk verstanden werden, das soweit als möglich mit Netzwerken benachbarter Kreise

und der Stadt Darmstadt und auch mit dem von der agah (AG der Ausländerbeiräte in Hessen) neu gegründeten ‚Netzwerk gegen Diskriminierung Hessen‘ kooperieren sollte. Der Landkreis könnte hier eine koordinierende Rolle spielen, auch Serviceleistungen zur Verfügung stellen, um die hier besonders wichtige ehrenamtliche Arbeit zu unterstützen.

Umfrage an die Gemeinden des Landkreises Darmstadt-Dieburg vom 21. 03. 2012

über rechtsradikale Aktivitäten im Gemeindegebiet, Reaktionen der Gemeinden sowie weitere Informationen dazu, zu folgenden Fragen:

1. Sind in Ihrer Gemeinde bereits rechtsextremistische Aktivitäten in der letzten Zeit registriert worden, ggf. welcher Art?
2. Welche Stelle bzw. welches Amt ist in Ihrer Verwaltung für vorbeugende Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zuständig (mit Angabe von Kontaktdaten, besonders E-Mail-Adresse)?
3. Welche Angebote und Maßnahmen gibt es in Ihrer Gemeinde, um präventiv gegen Rechtsextremismus und zur Stärkung der Demokratie tätig zu werden (Aufklärungsschriften, Ausstellungen, Maßnahmen in der Jugendarbeit etc.)

(Stand: 06. 06. 2012)

Gemeinde	Kontaktstellen Koordination	Rechtsradikale Aktivitäten	Reaktionen der Gemeinde, Maßnahmen	Weitere Informationen
Alsbach-Hähnlein	Benjamin Fischer (Ordnungsamt). 06257-5008261 @alsbach-haehnlein .	Vor 2 Jahren Schmierereien und rechtsextr. Aufkleber (wurde entfernt)	2009 mit Bickenbach, S.-Jugendheim u. Zwingenberg gemeinsame Veranstaltung, Erklärung gegen Rechtsradikalismus, 18.11.09 (.fremdenfreundlich.) Resolution der Gemeinde zu NPD-Verbot und Integration, 6.3.12	
Babenhausen	Keine Antwort auf Umfrage			Im Januar 2012: rechtsextreme Symbole auf Friedhof, Aufkleber von Neonazi-Gruppen (Hülya Lehr, Wikipedia) Juni 2010: In Babenhausen-Sickenhofen: auf jüd. Friedhof Hakenkreuz-Schmierereien auf Innenmauer und fünf Grabplatten
Bickenbach	Keine Antwort auf Umfrage		s.Alsbach-Hähnlein, Zusammenarbeit von 4	

			Bergstraßen-Gemeinden	
Dieburg	Frau Preiß (Ordnungsamt), 06071-2002108 @dieburg	Keine bekannt	In Vergangenheit Projekte. Z.Z. keine Projekte geplant	
Eppertshausen	Friedhelm Saal, Ordnungsamt, 06071-300915 .saal@eppertshausen	Keine bekannt	Keine Maßnahmen geplant. Im Falle rechtsextr. Aktivitäten wird Präventionsrat der Gemeinde eingeschaltet	
Erzhausen	Valeska Weidert, Ordnungsamt, 06150-976720 @erzhausen	Keine bekannt	Keine Präventionsmaßnahmen	
Fischbachtal	Stephan Kühn, Umwelt- und Ordnungsamt, 06166-930013 .kuehn@fischbachtal	Keine bekannt	Keine eigenen Aktivitäten, Verweis auf die Jugendarbeit der Vereine und Kirche	
Griesheim	@griesheim @griesheim _grunwald@bluebox-griesheim auch Vertrauenspolizist der GHS, Herr Wolf	Nov.2009:Aufkleber an Jugendzentrum „Natio-naler Sozialismus jetzt“ (Täter unbekannt),ebso. Seeh-Jugendh u Alsbach, weitere Geschädigte... 2008/9: in GHS auf Schulhof Schriftzug „AUSLÄNDER RAUS“. (dagg. Symbolische Aktion) Jan.2006 Konzert rechts-extrem. Bands in Gasth. „Zur Kanone“, als Geb.-feier Basketball getarnt, 400 Teilnehmer (Bands Eternal Bleeding, Blitzkrieg, Braune Stadtmusikanten, Breakdown und Radikahl (diese 1994 wg. Volksverhetzung verurt.)	„Sozialkompetenztrainings“(SKT) für die Klassen 5,6 u. 7 durch die städt. Jugendförderung, im Rahmen der Schulsozialarbeit in Kooperation mit der GHS: In den 7. Klassen des Haupt- und Realschulzweigs im Jugendzentrum Blue Box 3täg. „Zivilcourage- u. Gewaltpräventionstraining“, zur Stärkung der Zivilcourage, seit 2002 ständig weiter entwickelt. Im Rahmen der Interkulturellen Woche Kinderkino zum gleichen Thema. Verlegung von Stolpersteinen in Kooperation mit Gymnasialklassen der GHS, mit Aufarbeitung der Judenverfolgung in Griesheim. Im Nov. 2010 Ausstellung „Gegen das Vergessen: Juden in Griesheim“. Präventionsarbeit, Durchführung von	

			Präventionswochen.	
Groß-Bieberau	Keine Antwort auf Umfrage			
Groß-Umstadt	Ordnungsamt, Bgm. Joachim Ruppert, 06078-781201 @gross-Umstadt.	Selten, Wandschmierereien mit Hakenkreuzen (April in Unterführung B 45),sonst nichts Konkretes bekannt	Ausstellungen, Aktivitäten der Jugendpfleger Bei Vermietungen städt. Räume wird über Ordnungsamt überprüft, Infos von AGR erbeten	
Groß-Zimmern	Sozial- und Ordnungsamt, Leiter Manfred Jung (06071-970224, jung@gross-zimmern.de) ; stv. Leiter Thorsten Knapp (-39; @gross-zimmern.)	Keine bekannt	Kinder- und Jugendförderung betreibt im Rahmen von Schulsozialarbeit Aufklärungsmaßnahmen („Konzept zum sozialen Lernen“). Für 2013 ist Übernahme einer Wanderausstellung des Bundesamts für Verfassungsschutz geplant	
Messel	Dieter Lehr, Ordnungsamt, 06159-715712 @messel.	Keine bekannt	Keine Präventionsmaßnahmen	
Modautal	Bgm. Jörg Lautenschläger, 06254-930211 @modautal. Marcel Böhm, Ordnungsamt, 06254-930217 .boehm@modautal.	Vor 1,5 Jahren Gründung einer rechten Gruppe „Harte Jungs Odenwald“, Mitglieder auch andere Bergstraßen-Gemeinden. Reaktion: Bgm, Pfarrer von Neunkirchen u. Ortsbeirat suchten Gespräch mit Jugendlichen. Kontakt mit Staatsschutz. Gruppe wohl aufgelöst, Mitglieder werden weiterhin beobachtet	Keine eigenen Aufklärungsbroschüren. Kooperation mit Polizei über Codes und Kleidungsmarken Demnächst Eröffnung eines Jugendraums, in dem auch Aufklärungsarbeit betrieben werden soll.	
Mühlthal	Eva Neubacher, Ordnungsamt, 06151-1417117 .neubacher@muehltal.	Aktuell keine Aktivitäten bekannt	Information des Jugendpflegers	
Münster	Keine Stelle explizit f. Prävention bzw. Rechtsextremismus (Olaf Saig, Abt. Soziales, Kinder- und Jugendförderung, 06071-	Nach Rücksprache (4.5.12) mit Kriminalhauptkommissar Honerath vom Staatsschutz aktuell kein rechtsex.	Angebot eines Offenen Treffs im Jugendzentrum: Dort Gewaltprävention. Regelmäßig Fahrten zu NS-Gedenkstätten (Fahrten nach Point Alpha und nach Nürnberg	Für 6. August 2011 Plan einer rechtsextr. Veranstaltung in einem Lokal (Einladung mit rechtsextr. Symbolik); nach Einschaltung von Polizei/Verfassungsschutz

	3002412; .ruehl@muenster-hessen.)	Aktivitäten bzw. Auffälligkeiten	zum Reichsparteitagsgelände)	Absage der Veranstaltung (Hülya Lehr)
Ober-Ramstadt	Keine Antwort auf Umfrage			Hier ist der Jugendpfleger des Ev. Dekanats, Jürgen Zachmann, sehr aktiv (Inf. Battenberg)
Otzberg	Dietmar Hartmann, Ordnungsamt, 06162-960426 @otzberg.	Keine bekannt	Keine Präventionsmaßnahmen	Errichtung und schulische Betreuung eines Mahnmals für die Opfer der Pogromnacht 1938; alle 3 Jahre Abend ausländischer Mitbürger (Info Abg. Klock)
Pfungstadt	Bürgerstiftung Pfungstadt, Geschäftsführerin Sabine Heilmann, Magistrat, 06157-9881110 .heilmann@pfungstadt.	Aktuell keine bekannt	Zur Prävention seit 2001 Kommunaler Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus (KAPP) mit Projektgruppe „Fremdenfeindlichkeit“ als Netzwerk der Evangelischen Flüchtlingshilfe Pfungstadt, des Pfungstädter Synagogenvereins u.a. Einrichtungen der Stadt. Auch Integrationsprojekte mit den Muslimen	
Reinheim	Gerd Fischer, Ordnungsamt, 06162-80521 @reinheim.; @reinheim.	Keine bekannt	Präventiver Rat, Streetworker, Internat. Büro (Woche gegen Rassismus), Kinder- u. Jugendförderung, Ausstellungen, Vorträge	Veranstaltung „Fußball gegen Rassismus“ im Rahmen der Kulturellen Woche im März 2012 (Bericht des DE vom 8.3.12) Am 11.4.10: Hakenkreuz-Schmierereien an Dr. J.Goldmann-Kindergarten Mitte Oktober 2010 Schmierereien (Hakenkreuz, 88, SS) an Bahnhof
Roßdorf	Hubert Wamser, Ordnungsamt, 06154-807204 @rossdorf.; @rossdorf.	Keine bekannt	In Zusammenarbeit mit Hist. Verein Ausstellung über gefundene Zeitungsausschnitte von 1939 Thema soll in Jugendarbeit aufgegriffen werden	
Schaafheim	Elke Höreth, Ordnungsamt, 06073-741013 @schaafheim.	Hakenkreuz-Schmierereien öfters an exponierten Orten (von Jugendlichen, „jedoch kein explizit rechtsextr.	Bisher keine präventive Maßnahmen der Gemeinde	

Seeheim-Jugenheim	<p>Mathias Itzel, Jugendförderung, 06257-9699428</p> <p>.itzel@seeheim-jugenheim</p>	<p>Aus den letzten 2 Jahren nur ein Vorfall bekannt: Im Schuldorf Bergstraße (Toilette) wurden einige Zettel/ Flyer mit rechtsextremistischem Inhalt gefunden.</p> <p>Kameradschaft“Bergstrasse/Odenwald“ hat sich nach Aussagen des Staatsschutzes zersplittert und ist wohl nicht mehr aktiv</p>	<p>Konzeption zur Gestaltung von Gedenktagen „Wider das Vergessen – ständige Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus“; Dokumentation „Opfer des NS in S-J“; ab 2013 Verlegung von ‚Stolpersteinen‘</p> <p>Streetworking 1998-2002; seit 1993 Workshops, Projektwochen, Veranstaltungsreihe „Rechtsweg ausgeschlossen“, mit Schuldorf Bergstraße. Vorbereitung Reihe „Toleranz – Intoleranz“</p> <p>Veranstaltung Präventionsrat „Wölfe im Schafspelz“</p> <p>s. auch Alsbach-Hähnlein, Zusammenarbeit von 4 Bergstraßen-Gemeinden</p>	
Weiterstadt	<p>Michael Edelmann, Ordnungsamt 06150-4002201</p> <p>.edelmann@weiterstadt</p> <p>@weiterstadt</p>	<p>Ab und zu Hakenkreuze an öffentl. Gebäuden, sonst keine direkten rechtsextremistischen Aktivitäten</p>	<p>Derzeit keine präventiven Angebote. Bei Vermietung von Räumen wird Handlungsleitfaden des Verfassungsschutzes für Kommunen angewendet</p>	